

Der EU-KandidatInnen-Check Meine Antworten zur EU-Saatgutverordnung

In der EU wird eine neue Saatgutverordnung erarbeitet, die den freien Tausch und Handel mit Saatgut noch schwieriger machen würde. Dieser Verordnungsentwurf wurde vom Umwelt- und Agrarausschuss sowie dem Plenum des Europa-Parlaments abgelehnt. Nach den EU-Wahlen im Mai diesen Jahres wird sich entscheiden, ob an dem bisherigen Entwurf weitergearbeitet wird oder er von der EU-Kommission zurückgezogen wird.

Save our Seeds schickte den deutschen SpitzenkandidatInnen einen Brief mit fünf Fragen zum Thema Saatgut und die EU-Saatgutverordnung. Hier sind ihre Antworten:



Vorname: Sofia
Nachname: Leonidakis

Politische Partei: DIE LINKE

Meine wichtigsten Parteiämter: Seit 2008 bin ich als wissenschaftliche Referentin für Migration, Kinder/Jugend sowie Energie/Umwelt und Betriebsrätin bei der Linksfraktion in der Bremischen Bürgerschaft tätig, derzeit befinde ich mich in Elternzeit

http://www.sofia-leonidakis.de/ueber_mich/download/

1. Saatgutgesetzgebung: In der kommenden Legislaturperiode wird das Parlament vermutlich über einen revidierten Vorschlag zur Saatgutgesetzgebung diskutieren und abstimmen. Welches Leitprinzip werden Sie Ihrer Arbeit zum Saatgutverkehrsgesetz zu Grunde legen?

DIE LINKE setzt sich für Saatgutvielfalt ein. Das bezieht sich sowohl auf die biologischen und genetischen Ressourcen, als auch auf die Vielfalt der Saatgutproduzenten, von Pflanzenzuchtunternehmen bis hin zum Erhaltungssortenanbau kleiner Vereine oder Saatguttauschbörsen zwischen Landwirt_innen und Verbraucher_innen. An diesen Maßstäben messen wir gesetzliche Regelungen. Wir fordern in unserem Europa-Wahlprogramm das uneingeschränkte Recht auf freien Nachbau und lehnen Biopatente ab.

2. Öko-Landbau: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass nicht nur wenige Hohertrags-Sorten für den konventionellen Landbau als Sorte registriert werden können, sondern auch Sorten Teilmärkte wie den Öko-Landbau oder regionale Spezialitäten?

Ja. Gerade alte Sorten sind besonders schützenswert. In Zeiten des Klimawandels sind regional angepasste Sorten wichtig. Eine große genetische Vielfalt muss erhalten bleiben. Die ökologische Saatgutentwicklung muss gestärkt werden. Es ist inakzeptabel, wenn viele Bio-Bäuer_innen auf konventionelles Saatgut zurückgreifen müssen und eine strengere Regelung in der EU-Öko-Verordnung an der Verfügbarkeit solchen Saatguts scheitert.

3. Saatgutarbeit: Die Erhaltung und Weiterentwicklung der genetischen Vielfalt braucht nicht nur professionelle ZüchterInnen, sondern auch BäuerInnen, ErwerbsgärtnerInnen und sogar HobbygärtnerInnen, die sich des Themas annehmen. Da diese den Verkauf des Saatguts nicht gewerblich betreiben, wirft er keine Gewinne ab, sondern ist höchstens kostendeckend. Eine

aufwändige Registrierung der Sorte lohnt sich daher nicht. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese Art der Saatgutarbeit außerhalb des Rechtsrahmens, ohne Registrierung möglich ist?

Ja. DIE LINKE steht für den freien Nachbau des Saatgutes. Zertifiziertes Saatgut sollte durch den Kaufpreis abgegolten werden – ohne Nachbaugebühren. Zur freien Saatgutentwicklung sind solidarische Fondslösungen sehr interessant, die im Zuge der EU-Patentgesetzgebung von sozial-ökologischen Vereinen und Verbände immer wieder diskutiert werden. Verbraucherschutz im gewerblichen Handel ist zwar auch wichtig, darf aber nicht auf Kosten des nicht-professionellen Bereichs gehen.

4. Züchtungsmethoden: In Deutschland gibt es eine Diskussion um neue Züchtungsmethoden, manche werden von vielen VerbraucherInnen abgelehnt (bspw. Zellfusionstechnik/CMS-Hybriden). Weder GärtnerInnen noch VerbraucherInnen können hier wählen, da eine Kennzeichnung fehlt. Werden sie sich dafür einsetzen, dass die Züchtungsmethode im Sortenregister oder auf der Saatgutverpackung ausgewiesen wird?

Das ist schwierig zu beantworten und sollte breiter diskutiert werden. Gerade die Debatte um die CMS-Hybride bei Demeter-Gemüse im Jahr 2013 hat gezeigt, dass viele Verbraucher_innen gar nicht wissen, was neben der breit abgelehnten Agro-Gentechnik für weitere Züchtungsmethoden unterdessen breit angewandt werden, die ethische Fragen aufwerfen. Wird nach einem intensiven Dialog ein gesellschaftlicher Konsens gefunden, der bestimmte Züchtungsmethoden ablehnt, muss dies mindestens zu entsprechenden Kennzeichnungen auf der Verpackung oder aber zu Verboten der Methoden (bspw. Agro-Gentechnik) führen.

5. Saatgutverfügbarkeit: Saatgutverfügbarkeit ist Daseinsvorsorge. Der bisherige Kommissionsvorschlag sieht die Möglichkeit einer Privatisierung der Sortenprüfungen und die Zentralisierung der Sortenzulassung vor. Wie wollen Sie absichern, dass in den Regionen Europas staatliches Know-How zur Erhaltung der genetischen Ressourcen, zur Züchtung und zur Sortenzulassung erhalten bleibt?

Aus Sicht der LINKEN ist Saatgut ein Kultur- und damit ein Allgemeingut.

Saatgutverfügbarkeit gehört zur Ernährungssicherung und damit zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Privatisierungen in diesem Bereich lehnen wir ab. Wir sympathisieren mit der Fondslösung zur Saatgutforschung und -entwicklung. Das bedeutet nicht Saatguthandel in öffentlicher Hand, aber die Sicherung der Saatgutentwicklung und Verfügbarkeit in staatlicher Hand und im öffentlichen Interesse. Doch die Entwicklung der vergangenen zwanzig Jahre geht genau in die andere Richtung. Daher muss die kurzfristige Devise lauten: Soviel öffentliche Kontrolle und Teilhabe für alle wie möglich. Genetische Vielfalt darf kein Privatbesitz sein.